

Text: [Ing. Gerhard Lichtenauer](#) · erstellt am: 1. Juni 2008 <http://www.bizeps.or.at/news.php?nr=8893>

Der Kampf um das "normale" Leben miteinander - daheim statt im Heim!

Ein Jahr Österreichische Bürgerinitiative "Daheim statt Heim".

Vor einem Jahr, am [1. Juni 2007](#), wurde die Bürgerinitiative "[Daheim statt Heim](#)", der Aufruf an Gesellschaft und Politik für ein Leben alter und behinderter Menschen in ihrem Zuhause, in der Mitte der Gesellschaft in Österreich gestartet. [700 Unterstützer](#) tragen derzeit die Ziele und Forderungen der Initiative mit.



Ziel: Gesellschaftskultur der Inklusion

Die Initiative zielt auf eine Umsteuerung des Hilfesystems, weg von [überholten Heimstrukturen](#), hin zu [individuell- bedarfsdeckenden Unterstützungsangeboten](#), die ein Leben "Daheim statt im Heim" besser ermöglichen. Die Wahlfreiheit der Wohnform und der [persönlichen Hilfen](#) muss durch verfügbare und leistbare [Alternativen zum Leben im "Heim"](#) gewährleistet werden, um eine **Kultur der Inklusion** unterstützungsbedürftiger Menschen in unseren Gesellschaften voranzubringen.

Thema bei Politik und sozialen Diensten in Deutschland

Zum [Jahrestreffen](#) der Österreichischen Bürgerinitiative, am 26. Mai 2008, kam die deutsche Bundestagsabgeordnete Frau [Silvia Schmidt MdB](#). Sie ist Behindertenbeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion und Initiatorin der [deutschen Bundesinitiative "Daheim statt Heim"](#), der Partnerinitiative zur österreichischen Aktion.

Weitere [Erstunterzeichner der deutschen Initiative](#), die zum Jahrestreffen kamen: Frau [Gabriele Lösekrug-Möller MdB](#), Mitglied des Petitionsausschusses und Herr [Rolf Stöckel MdB](#), Sprecher der AG "Verteilungsgerechtigkeit" der SPD-Fraktion und Mitglied der AG "Menschenrechte und humanitäre Hilfe". Diese deutschen Bundestags- Abgeordneten sind Mitglieder des BT- Ausschusses für Arbeit und Soziales. Herr Roger Schmidtchen, (stellv. Vorsitzender vom [Trägerwerk Soziale Dienste](#) in Sachsen-Anhalt e.V.), ebenfalls Erstunterzeichner, nahm auch am Treffen teil.

Die Teilnehmer einer dreitägigen Informationsreise waren in Begleitung von Dr. Gloria Müller, Sozialreferentin an der Deutschen Botschaft in Wien und NAbg. [Mag. Christine Lapp](#) (Behindertensprecherin der Bundes-SPÖ). Die Behindertensprecherin der Wiener ÖVP und Präsidentin des Wiener Hilfswerks, LAbg. [Karin Praniess-Kastner](#) war auch kurz dabei.

Das Treffen zum Nachhören

Der Journalist Pepo Meia hat das Treffen für das Politmagazin "Trotz allem" mitgeschnitten. Auf der Homepage von "[Radio Orange 94.0](#)" kann das Treffen nachgehört werden.

([Direktlink zu den Kurzinterviews](#), [Direktlink zur kompletten Veranstaltung](#))

Die anwesenden Betroffenen sowie auch Angehörige und Behindertenaktivisten, diskutierten mit den Vortragenden und Politikern. Unterschiede zwischen deutscher und österreichischer Rechtslage kamen zur Sprache. Die üblichen Praxis "freiwilliger Leistungen" (kein Rechtsanspruch, willkürliche Vergabe, nicht bedarfsdeckend), insbesondere im Zusammenhang mit Alternativen zum Heim, wie "Persönliche Assistenz", wurde teilweise heftig kritisiert.

Verfassungswidrige Benachteiligungen im österreichischen Sozialsystem

Noch immer werden Menschen durch Verweigerung bedarfsdeckender ambulanter Unterstützungen genötigt, manche lebenslänglich, in aussondernden stationären Unterbringungen zu leben.

Die Bürgerinitiative erachtet es als eklatante Benachteiligung und Menschenrechtsverletzung, wenn bei hoher Hilfebedürftigkeit und Angewiesen seins auf umfassende fremde Unterstützung in allen Lebensbereichen laut Sozialgesetzen und Verwaltungspraxis, wie es derzeit ist, nur mehr ein "Leben im Heim" ermöglicht wird.

Menschenrechte und Menschenwürde haben einen höheren Wert als eine "Abschiebung" in aussondernde stationäre Einrichtungen aus scheinbar öffentlichem Fiskal-Interesse!

Lesen Sie hier die gesamte Presseaussendung: ([PDF](#))